

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1925**

45 (23.2.1925)



# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Muffstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbmöndlich 1.- M. mit 90 3 ohne Zustellung. Einzelpreis 10 3, Samstags 15 3. — Anzeigen: die einseitige Kolonelle 20 3, auswärts 25 3. Reklamen 50 3. Annahmefrist 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpfli; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von G. E. & C. e., sämtliche in Karlsruhe.

# Massenaufmarsch deutscher Republikaner in Magdeburg

## Die erste Reichstundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold — Ueber 100 000 Teilnehmer

Am 22. Februar 1924 wurde in Magdeburg durch den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, untern Parteigenossen H. H. H. H., das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet und damit eine politische Tat vollbracht, deren Größe und Bedeutung erst noch voll gewürdigt wird. Traf bis dahin mit einigem Recht auf Deutschland das Spottwort zu, daß es eine Republik ohne Republikaner sei, so änderte binnen wenigen Monaten sich das Bild durch die Gründung des Reichsbanners. Die neue Kampforganisation für die deutsche Republik, die anfänglich von der bürgerlichen Presse und von den blödsinnigen Schreihälsen der nationalistischen Putz- und Nordorganisation mit Hohn und Spott übergoßen wurde, nahm in der denkbare kürzesten Frist einen solchen gewaltigen Umfang an, gewann im Sturm derart an Kraft und politischer Bedeutung für die Republik, daß den Nationalisten schon nach wenigen Wochen der Spott gründlich verging, dafür bei ihnen eine wüste und natürlich ausschließlich verlogene Heße einsetzte. Kaum ein halbes Jahr seit der Gründung waren vergangen, und schon scharten sich über zwei Millionen republikanisch gesinnte Männer, die auch zugleich Kampfgewaltigen waren, um das nun zum Schutz und Trutz entfaltete schwarz-rot-goldene Banner. Die Neuartigkeit dieser Gründung fand, wir dürfen das heute ruhig aussprechen, zunächst auch in manchen Kreisen der organisierten Arbeiterschaft, wenn nicht Ablehnung, so doch föhliche Zurückhaltung. Viele unserer Genossen sahen in der neuen Gründung eine neue politische Partei entstehen, sie glaubten die speziellen Interessen des proletarischen Kampfes und seiner Aufgaben gefährdet durch eine Organisation, die nationale Ziele und Bekräftigungen in den Vordergrund ihrer Tätigkeit und ihres Programms stellt. Und wieder andere sahen mit Mißtrauen auf die Uniformierung, hörten mit Mißvergnügen die Kommandoworte bei den Aufmärschen — sie fürchteten das Aufleben der mit Recht verhassten Soldatenpielererei. Inzwischen sind alle diese Bedenken verfliegen; das Reichsbanner hat klar und eindeutig bewiesen, daß es ein militärisches Spielzeug nicht denkt, daß seine Aufgaben so groß und so hoch sind, daß ihm zu Rinderereien wirklich jede Lust und alle Zeit fehlt. Das Reichsbanner ist die Kampftruppe zur Erhaltung der Republik geworden. Das ist seine Aufgabe, in der es sich vornehmlich zu beschäftigen hat. Für diese spezielle Aufgabe ist es geschaffen, nach ihrer Erfüllung ist seine politische und gesellschaftliche Mission erfüllt. Das Reichsbanner hat der schwarz-rot-goldenen Fahne zur Anerkennung verholfen; es hat den Todfeinden der Republik im Inneren bewiesen, daß die Ueberwindung der Republik nur durch den denkbar schwersten Kampf zu erreichen wäre und es hat die Massen der Republikaner mit neuem Mut und mit der bestmöglichen Zuversicht erfüllt.

In drei großen Tagen hat das Reichsbanner bisher seine Kraft, seine organisatorische Stärke und seine politische Wirkung glänzend gezeigt: bei der Weimarer Verfassungsfeier im Sommer v. J., bei der republikanischen Kundgebung in Mannheim und bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924. Der Haß und die Wut gegen das Reichsbanner ist seitdem in geradezu grotesker Weise bei den Feinden der Republik gestiegen, der besondere Haß gegen den Gründer, den Genossen H. H. H., der aber seiner Feinde laßt und unerschrocken weiter arbeitet. Die gewaltige Kundgebung, die am Samstag und Sonntag in Erscheinung trat, wird ihre ungeheure agitatorische Wirkung nicht verfehlen, sie wird den republikanischen Gedanken in ganz Deutschland außerordentlich steigern. Das ist heute mehr denn je geboten, denn die monarchistischen und konterrevolutionären Todfeinde eines wirklich freien deutschen Volkes, eines deutschen Volkes, das nicht mehr aus gedrückten Untertanen und politischen Sklaven besteht, eines Deutschland, das auf allen Geistes- und aufwärts strebt zur Freiheit, sie sind in größter Eile an . . . Fortschrittswerke, das sie in Italien und erbärmlichem Tur verüben wollen. Magdeburg ist daher nicht nur eine Etappe neuen Mutes und neuer Kraftgewinnung, Magdeburg ist heute eine eindruckliche Warnung an die konterrevolutionären Horden, die Deutschlands Kraft im Inneren und nach außen hin zu zerbrechen drohen. Die bewußte Propaganda, die dem republikanischen Deutschland durch die Bildung der Bürgerblockregierung im Reich zugesagt worden ist, die weitere gleichartige Propaganda, die soeben in Preußen versucht wird, sie haben am Samstag und Sonntag dort in Mitteldeutschland, am Elbestrom, eine Antwort gefunden, die förmlichen Widerhall bei allen

Republikanern im ganzen Reich finden wird. Auch in Magdeburg bildeten die sozialdemokratischen Arbeiter den Kern des gewaltigen Heeres, das da aufmarschierte. Und das ist das ganz besonders erhellende an der Reichsbannerbewegung, daß die Proletarier sich in solchen Massen und mit der überall bewiesenen Begeisterung für die neue Bewegung einsehen. Und unter welchen, oftmals schweren Opfern setzen sich die Proletarier ein! Neben ihrer gewerkschaftlichen und politischen Verpflichtungen, erfüllen sie auch die, die im Dienste der neuen Bewegung gefordert werden. Tausende Proletarier marschieren mit bei den Kundgebungen, die oftmals unter den herrschenden erbärmlichen Löhnen in Deutschland nur einige Stücke Brot als Nahrung mitzuführen vermögen, die sich, um mit dabei sein zu können, allen anderen und heute so lärglichen Vergnügen entschlagen, um im Dienste für die Republik der großen und nächsten Pflichten und Aufgaben gerecht werden zu können. Der unerschöpfbare Idealismus, der in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft so herrlich immer wieder in Flammen empor schlag, er feiert auch in der Reichsbannerbewegung neue Triumphe.

Ueber die Magdeburger Veranstaltung wird uns berichtet: Am Samstag schon, erst recht aber in Frühstunden des Sonntag sollte Extrazug auf Extrazug in den Magdeburger Bahnhof ein. Bataillone und Regimenter von Bannerregimenten entließen den Zügen. Am Samstag abend leitete die Magdeburger Ortsgruppe, die 12 000 Mann stark ist und eine glänzende und straffe Führung hat, die Kundgebungen durch einen Fackelzug ein, der einen grandiosen Anblick bot. Das nächtliche Dunkel wurde sehr bald durchbrochen durch das Flammmeer, dessen Widerschein bis auf die Seiten des Domes hinauf reichte.

Die Begeisterung riss einfach alles mit und sie stieg immer höher, als die nächtliche Kundgebung zu einem mächtigen Festakt für die Republik sich gestaltete. Als oar, um dem Festakt ein einseitiges deutsches Reiches Ausdruck zu verleihen, die Grenzstädte Breunens, Bamerns, Sachsens, Württembergs und Badens in den auf dem Domplatz brennenden Fackelzug geworfen wurden, als gar ein österreichischer Grenzwahl als letzter folgte, um so in Flammeneichen die Vereinigung der Deutschen Deutschlands und Oesterreichs zu feiern, brauste ein Jubel empor, wie ihn die an Vergangenen zu reiche Stadt Magdeburg noch nicht erlebt hat. Mit einem donnernden Hauch auf die einige Deutsche Republik schloß dieser Teil der Kundgebung.

Genosse Kasse, der verdiente Führer des Magdeburger Reichsbanners, begrüßte die einetrotzenen Gäste und Genosse Köhler gedachte in der wirkungsvollen Weise der Toten von der See „Minister Stein“. Eine feierliche Stille trat ein, als die Klänge des Liedes: „Ich hatt' einen Kameraden“ sich in die Nacht hinaus schlangen und alle Töne sich senkten. Dann nahm unter förmlichem Jubel der Vertreter Oesterreichs, Genosse Nationalrat Deutsch, das Wort.

W. B. Magdeburg, 22. Febr. Heute fand hier die Feier des ersten Jahrestages der Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Bundes der republikanischen Kriegsteilnehmer statt. Die Teilnehmerzahl übersteigt die Zahl von 100 000. Besonders herrlich begrüßt wurden die Gäste aus Deutsch-Oesterreich, woher eine Abteilung des republikanischen Schutzbundes Deutsch gekommen war. Immer wieder erklang der heilige Wunsch, daß Deutsch-Oesterreich zum Deutschen Reich kommen möge. Deutsch richtete einen Appell an die Demokratien in England und Frankreich, sie möchten den innigen Wunsch von 7 Millionen Deutsch-Oesterreichern vertreten, ein Teil des großen deutschen Volkes zu werden, so daß sich damit der Gedanke der Selbstbestimmung der Völker erfüllen möge. Unter den reichsdeutschen Rednern untertrifft besonders Dr. Haas, Karlsruhe den Wunsch nach Vereinigung. Er sagte, die Lösung, die man in Versailles gefunden habe, sei keine Lösung. Die Menschen drüben in Deutsch-Oesterreich gingen wirtschaftlich und geistig zugrunde, wenn diese Lösung stehen bleibe. Was auch immer Unrecht und Gewalt bestimmen mögen, einen Glauben könne man nicht nehmen, nämlich daß wir und die Deutschen in Oesterreich zusammengehören.

Bei der Demonstration des Reichsbanners auf dem Domplatz wurde unter förmlichem Beifall die Abendung folgenden Telegramms an den

### Reichspräsidenten

beschlossen: Viele Tausende, der in Magdeburg zur Feier des einjährigen Bestehens des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold versammelten Republikaner, geloben der Republik und Ihnen unwandelbare Treue.

Die öffentlichen Veranstaltungen begannen mit einem Festakt in dem prächtig geschmückten Stadthaus. Unter den Gästen bemerkte man außer dem Oberbürgermeister Magdeburgs

und dem Regierungspräsidenten Magdeburgs General Schönaich, Reichstagskanzler a. D. Dr. Wirth, Reichstagspräsident Loebe und Reichstagsabgeordneter Grelle etc.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, H. H. H., gedachte in seiner Rede zuerst der Toten von Dortmund; er gab die Zahl der dem Reichsbanner anhängenden Berufstätigen auf 83 an. In einem Jahre habe die Reichsbannermitgliedschaft 3 Millionen erreicht. Er richtete scharfe Angriffe gegen die Monarchisten in der Polizei und in der Justiz, zu der der größte Teil der Republikaner das Vertrauen verloren habe. Aufgabe der republikanischen Polizei sei es, Verwaltung und Schule mit allen zur Verfügung stehenden Kräften zu demokratisieren. In ähnlichem Sinne sprach Loebe. Mit förmlichem Beifall, der sich am Schluß seiner Rede wiederholte, wurde Wirth begrüßt, der die Einheit aller Republikaner betonte und für einen Staat der sozialen Gerechtigkeit eintrat. Nach den Reden von Dr. Haas, Minister a. D. Deutsch, General Schönaich und dem Oberpräsidenten H. H. H. schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Republik.

Auf dem Domplatz fand eine große republikanische Demonstration statt, an der sich über 100 000 Reichsbannerleute beteiligten und wobei Reichstagskanzler a. D. Müller, Reichstagsabgeordneter Grelle etc., ein Vertreter des Bundestages, ein Vertreter des republikanischen Schutzbundes Deutsch-Oesterreichs, Dr. Wirth etc. Wien Anreden hielten. Nach Abendung des bereits gemeldeten Telegramms an den Reichspräsidenten wurde ein dreifaches Hoch auf die deutsche Republik ausgebracht, worauf man die ritze Strophen des Deutschlandliedes sang. Darauf formierten sich die Abteilungen zu einem Umzug durch die Stadt, um dann in die einzelnen Stadtquartiere abzurücken. Die Feier ist ohne jede Störung verlaufen.

Magdeburg, 23. Febr. (Ein. Kundendienst) Ein Jahr ist vergangen, seit in Magdeburg der Beschluß zur Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gefaßt wurde. Was ist ein Jahr in der Geschichte eines Volkes, was sind 12 Monate für eine große geistige Bewegung? Trotzdem, für das Reichsbanner war der einjährige Geburtstag eine Feier wert, die weniger im Sinne einer Festlichkeit nach Stahlhelmtag zu verstehen ist.

Mehr als 3 1/2 Millionen Menschen haben sich innerhalb 12 Monaten unter dem Farben schwarz-rot-gold zusammenschlossen, bereit, die Republik, wenn es sein muß, mit allen gegebenen und erforderlichen Mitteln zu verteidigen. Selten hatte eine Bewegung in der Geschichte einen solchen Erfolg aufzuweisen und er wäre sicherlich nicht möglich gewesen, wenn nicht eine dringende Notwendigkeit für die Gründung des Reichsbanners bestanden hätte. Diese Notwendigkeit erkannt und zur richtigen Zeit ausgenützt zu haben, ist das Hauptverdienst unseres Genossen H. H. H. Dem Bundesvorsitzenden und dem Bundesauschub gebührt der Dank, wenn wir heute eine Armee schwarz-rot-goldener Soldaten auf die Beine stellen können, nicht etwa um Soldatenpielererei zu treiben, sondern als Mahnrufen für die Reaktion. In diesem Sinne ist auch die Magdeburger Geburtsstagsfeier von gestern zu verstehen. Sie sollte den Republikanern zu neuem Mut verhelfen, in ihnen den Gedanken fester, daß die Republik lebt, und sie soll gegenüber der Reaktion mit Einschluß der Reichsregierung als mahnende Wirkung gelten, den Bogen nicht zu überspannen.

Hunderttausend Mitglieder der kaum entstandenen Organisation waren zusammenström, um dieser Parole persönlich oder als Beauftragter der Kameraden in der Heimat Ausdruck zu geben. Sie haben zu diesem Zweck keine Zeit, keine Strapazen gespart und viele hätten sich Wochen leben Selter für die Fackelboten zurückgelassen. Tausende waren wieder unter den Hunderttausenden, für die nur mit Unterstützung ihrer Kameraden die Fahrt zu dem Orte des Bundesvorstandes möglich war, ja, das Gros der anwesenden Gäste war überhaupt nur infolge der Magdeburger Kundgebung betauwöhnt, weil es an Ort und Stelle unerschöpfliche Gastfreundschaft fand. So durchsoß der Geist von Weimar nicht nur die Vorbereitungen, sondern auch die eigentliche Veranstaltung, dieser Geist der Hilfsbereitschaft und der Kameradschaft! Das ist der Geist von Weimar.

Alles das gibt es in dem Lager der Reaktion nicht in der Nähe. Den Stahlhelmlinglingen, die am 18. Januar auf dem gleichen Platze demonstrierten, wo gestern Reichsbannerleute mit schwelgen Händen und unter großen Opfern aufmarschierten, wurde keine Hilfsbereitschaft in dem Sinne, wie es für die Reichsbannerorganisation und ihre Mitglieder der Fall war, zu teil. Der Stahlhelm ist eine Verorganisation für die beständige Schicht, berufen, in erster Linie den Geldbeutel und nicht Ideale zu verteidigen. Er wirbt nach außen für die Monarchie, aber sein Kampf tritt in Wirklichkeit der Wiederherstellung aller Klassenrechte, der Vorherrschaft der Besitzenden über die werktätigen Volksschichten unter monarchistischer Firma. Das ist der Geist von Potsdam. Er kennt keine Hilfsbereitschaft, keine Kameradschaft. Er kennt nur Unterordnung im Interesse des Besitzes. Der Stahlhelm sät sich diesem Willen. Er propagiert ihn und wird dafür bezahlt. Dem Stahlhelmtag in Magdeburg kommt insofern nur die Bedeutung einer Abschlusssitzung der nach Vorherrschaft drängenden Klasse an die willigen Opfer zu. Einer Abschlusssitzung, geleistet durch große Gelage unter schwarz-weiß-roten Fahnen aus Seide.



Wie anders am Sonntag, aus Überzeugung, treue, aus Liebe zu dem Staat von heute, kasse die wertvolle Bevölkerung Magdeburgs sich bereitwillig in den Dienst der guten Sache gestellt. Sie hat nicht nur nach dem Lohn gefragt. Was in ihren Kräfte stand, hat sie ohne jede Gegenleistung getan. Was in ihren Kräfte stand, hat sie ohne jede Gegenleistung getan. Was in ihren Kräfte stand, hat sie ohne jede Gegenleistung getan.

Der Generalappell des Reichsbanners hat gezeigt, daß diese Feinde jedes vernünftigen und sozialen Fortschritts heute schon und für die Zukunft noch mehr es mit einem beachtenswerten Geiste zu tun haben und damit rechnen müssen. Damit hat schon die Magdeburger Kundgebung ihren eigentlichen Zweck erreicht. Sie war im wahren Sinne des Wortes ein Generalappell des werktätigen Volkes, das sich nach einem Fortschritt in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung lehnt. Ein Generalappell mit einem festen Ziel und einem ernsthaften Willen der Beteiligten. Mit das dürfen wir erkennen am Jahrestage der 8. Wiederkehr des Geschehens von August 1918. Ein besseres Geschicksgeheimnis hätte ihm die nachsichtige Jugend auch bei Lebzeiten nicht machen können, als es die Reichsbannerkundgebung in Magdeburg, insbesondere der sie befehlende Geist gewesen war.

### Die politische Krise in Preußen

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags befaßte sich noch am Freitagabend mit dem Sturz der Regierung Marr und dem Verhalten ihrer Mitglieder v. Baven und v. Lönard. Die während der entscheidenden Abstimmung nicht anwesend waren. Die Fraktion schloß einstimmig folgenden Beschluß:

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags steht nach dem heutigen Verhalten der Herren von Baven und Lönard, die durch ihre ungewissenhaft abweichende Haltung bei der entscheidenden Abstimmung wesentlich zum Sturze des Kabinetts beigetragen haben, keine Möglichkeit mehr, mit den genannten Herren in der Fraktion weiterzuarbeiten. Sie beauftragt daher den Vorstand, die beiden Abgeordneten unverzüglich zu einer baldigen Niederlegung ihrer Mandate aufzufordern.

In Ergänzung dieses Beschlusses erfahren wir, daß die Zentrumsfraktion beabsichtigt, von Baven und Lönard aus der Fraktion auszuschließen und bei dem Parteivorstand den Ausschluß der beiden Persönlichkeiten aus der Partei zu beantragen, falls der Verzicht auf die Mandate nicht unmittelbar erfolgt. Schon diese Absicht zeigt, daß die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags entschlossen ist, ihre bisherige Politik fortzuführen. Das kam in der Fraktionssitzung besonders stark zum Ausdruck. Man will sich unter keinen Umständen dem Terror der Volkspartei fügen. Das Zentrum wird infolgedessen am 3. März bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten Herrn Marr wieder präsentieren. Marr ist persönlich bereit, die ihm durch die preussische Zentrumsfraktion zu entsprechen. Er wird nach vollzogener Wahl mit dem gleichen Kabinett vor den Landtag treten, das am Freitag gestürzt worden ist. So weit wir unterrichtet sind, ist die Zentrumsfraktion bereit, diese Politik so oft fortzuführen, wie die deutschnationale-volksparteiliche-kommunistische Opposition es wünscht.

Der Abg. v. Baven hat der Zentrumsfraktion brieflich geantwortet, daß er die Entscheidung seiner Wähler abwarten werde. Die Situation innerhalb des preussischen Zentrums drängt nunmehr zu einer Entscheidung, deren große politische Bedeutung unübersehbar ist.

### Der Kampf um Preußen

Marr gekürzt — Es lebt Marr!

Das neue preussische Kabinett unter der Führung von Dr. Marr ist am Freitag in offener Feldschlacht gefallen. In der Abstimmung über den Vertrauensantrag der Regierungsparteien lauteten von 499 gültigen Stimmen erliefte man das größte Schauspiel, daß zwei Abgeordnete der Zentrumsfraktion, die Abg. Lönard und v. Baven aus der Kampffront der eigenen Partei befehlerten und den vom Zentrum gestellten Ministerpräsidenten kürzen ließen.

Als sofort nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses Ministerpräsident Marr den Rücktritt des gesamten Kabinetts erklärte, rief es von der Zuschauertribüne: „Wahol!“ Natürlich wurde diese bestellte Demonstration von den Rechtsparteien mit verständnisvollem Schmunzeln aufgenommen. Der Sieg, den die Rechtsparteien übermals mit Hilfe der Kommunisten davongetragen haben, ist ein richtiger Pyrrhussieg, an dem sie nicht die Freude haben werden. Selb war der Kampf, und wenn nicht alles täuscht, war diese fürmliche offene Feldschlacht am Freitag der Anfang einer neuen feindlichen Kampfbewegung gegen die Reaktion.

Am Donnerstag schon hat der schändlich geführte Angriff des Zentrumsabgeordneten Schmoring die Rechtsparteien überrollt und gezeigt, daß ihre Spekulationen und Träume über den Umsturz des Zentrums doch recht vorzeitig und gewagt waren. Am Freitag rechneten der Demokrat Nibel und vor allem unter General Heilmann mit den Herrschenden auf der Rechten in einer Schärfe und Kraft ab, die überall im Hause das Gefühl wachrufen mußte, die Unterlegenen sind stark genug, um den Kampf um Preußen bis zur letzten Entscheidung durchzuführen. Welche klägliche Bild boten die Redatoren der Rechtsparteien, die Herren v. Campe, Pinkertell von der DVP, Herr Schlangenschillingen, Bahor Koch von den deutschnationalen und Herr Bulla, die von ihren Freunden flehentlich vorgeschützt worden waren. Bahor Koch blamierte sich, als er von der Tribüne herab erklärte, daß er den Satz des Demokraten Nibel, bei den deutschnationalen sehen die Herren, die mit Gold beugen gegen den Reichspräsidenten laufen, auf sich bezogen habe. Der Mann mit dem schlechten Gewissen weiß, warum er sich betroffen fühlte. Der Syndikus der Grubenbarone, Herr Pinkertell, bemühte sich, dem überwältigenden Eindruck der Rede des Heilmann entgegenzuwirken. Allein seine Worte fielen matt zu Boden. Sein stärkstes Geschloß war, die Verbindung Sozialdemokratische Volkspartei sei nicht so eng, wie die Verbindung

Darmat-Sozialdemokratie. Unter fürmlichem Gelächter rief man auf der Tribüne: Wer Spritzenweber ist, steht fest, bei Darmat muß das erst noch festgestellt werden. Unglücklich hütelte sich Pinkertell, auf die scharfen Angriffe Heilmanns gegen Stresemann mit einem Wort einzugehen. Auch Schlangenschillingen, der sonst so dreifache schändliche Aparier, wagte kein Wort der Abwehr gegen die Angriffe Heilmanns über die Korruptionserscheinungen bei den deutschnationalen Reichsministern, wie von Edlischen, Schiele und bei dem deutschnationalen Parteiführer Graf v. Westarp. Es waren sehr bittere Vermutungen, die in den Reihen der Freunde fielen, mit dem der Sieg über den Sturz des Kabinetts Marr gefeiert werden sollte.

Als kurz nach dem Rücktritt des Kabinetts Marr Präsident der Sitzung des Landtags, der am 3. März erst wieder aufzusammensetzen wird, schloß, lag über den Rechten der Parteien eine dumpfe Atmosphäre von Unruhe und Unsicherheit, bei den Regierungsparteien und vor allem bei unseren Genossen Kampfesstimmung und Zudringlichkeit.

### Ist es wahr?

Fragen, die taich beantwortet werden müssen

Ist es wahr, daß Reichsfinanzminister Dr. Stresemann der offiziell hat erklären lassen, er habe mit Herrn Wolke, dem bekannten Milionenschleier bei der Allgemeinen Depositen- und Handelsbank, nichts zu tun gehabt, tatsächlich Herrn Wolke und seinen Reichsbevollmächtigten, Landeshauptmann, wiederholt persönlich empfangen und mit ihnen wiederholt persönlich über das Volksanleihegeschäft gesprochen hat?

Ist es wahr, daß Stresemann ein Empfehlungsschreiben an Herrn Krafft gerichtet hat, um seinem Freund und Mitinhaber der Handelsbank, Landeshauptmann, wiederholt persönlich empfangen und mit ihnen wiederholt persönlich über das Volksanleihegeschäft gesprochen hat?

Ist es wahr, daß der jetzige Reichsfinanzminister v. Schlieffen für Herrn Kadowitz, den Direktor der Deutschen Beamten-Gesellschaftsbank, der wegen Unregelmäßigkeiten entlassen wurde, Bürgschaften von je 500 000 Mark bei der Preussischen Staatsbank und der Preussischen Landesbank hat? Daß die Grundstücke in dem Seebad Albeck, die als Sicherheit für das Darlehen bürge sollten, mit 200 000 Goldmark angemommen wurden, obwohl Herr v. Schlieffen wollte, daß sie 1922 dem Deutschen Reich an dieselbe Bank für 600 000 Goldmark verkauft wurden?

Diese Fragen wurden von dem Genossen Heilmann im Preussischen Landtag an die Rechtsparteien gerichtet, als er die Korruptionsaffäre der Reichs-Revue passieren ließ. Es ist natürlich keine Rede des Schmuggels und der unläuteren Mordanschläge fürwahr! Wie Recht wird gekannt sein, wie die Antworten auf diese und noch andere Fragen lauten, die vom Genossen Heilmann demnächst auch an den Herrn Reichsminister Schiele und den Grafen Westarp gerichtet werden.

Der aus mit der Sprache! Nichts soll verstanden werden, alles soll klargestellt werden. Inwieweit, bis in den letzten Winkel der Korruption muß hineingeleuchtet werden! Es soll nicht so geben, wie zurzeit des alten Regimes, wo, wie jedenfalls Genosse Heilmann feststellte, die Korruptionsaffäre des Generals von Lindemann, der über ein Jahrzehnt hinweg schiffte hohe Ämter und Orden gegen Geld vermittelte, vertuscht wurde. Karl Liebknecht hat damals diesen Skandal aufgedeckt, gegen seine Artikel im „Vorwärts“ wurde Anklage erhoben. Als aber die Staatsanwaltschaft am Landgericht 1 Berlin dem preussischen Gesamtministerium berichtete, daß tatsächlich eine Menge unläutere Beamtenfunktionen faktisch haben, hat das preussische Staatsministerium beschlossen, den Strafverfolgung juristisch einzustellen. Auch der damalige Kultusminister von Treut zu Solms nahm seinen Strafantrag zurück, ja der Staatsanwalt schließlich eine Klage dafür erhielt, daß er sein Gutachten schriftlich niedergelegt hat.

### Kommunisten-Droß

Einer Blättermeldung aus Hamburg zufolge begann dort ein Droß gegen den kommunistischen Parteiführer Selbiger der beschuldigt ist, im Hamburger Arbeiteraufstand vom Jahre 1923 durch Aufhebung der holländischen Bevölkerung geschürt zu haben. Die Anklage lautet auf Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens. Auf der Anklagebank sitzen ferner zwei junge Mädchen, die den Hauptangellagen und drei übrige Angeklagte. Das am ersten Tage des Hamburger Aufstandes im russischen Konsulat in Hamburg Waffen verteilt worden seien. Hamburg, 20. Febr. In dem vor dem hiesigen Schwurgericht verhandelten Droß gegen die sechs Kommunisten Selbiger und Gen. wegen Teilnahme an dem Hamburger Arbeiteraufstand wurde heute nachmittags das Urteil gefällt. Selbiger wurde wegen Weisung am Hochverrat zu 4 Jahren Zuchthaus und 400 M. Geldstrafe verurteilt, ferner Dauli zu 15 Monaten Gefängnis und 100 M. Geldstrafe, Gertrud Dauli, Gänther aus Andorf zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis und Geldstrafen verurteilt. Die übrigen wurden wegen mangels von Beweisen freigesprochen.

### Die Lage der Arbeiter in Rußland

Ein Urteil John Turners

Genosse John Turner, das Mitglied der englischen Gewerkschaftsdelegation, die Rußland besuchte, hat dem „Daily Forward“, dem in New York erscheinenden jüdischen sozialistischen Tageblatt, ein Interview gegeben, das wie er ausdrücklich feststellt, nur seine persönliche Meinung wiedergibt. Wir entnehmen seinen interessanten Ausführungen das Folgende:

„Die russische Bevölkerung, die in der Hauptsache aus Bauern besteht, ist für die Sowjets. Aber von Kommunismus wollen sie nichts wissen. Die einzigen Anhänger des Kommunismus sind die Arbeiter in den Betrieben, die eine kleine Minderheit des russischen Volkes, insgesamt nur etwa 4 1/2 Millionen bilden. Da sie sich nur auf eine so schwache Minderheit stützen kann, muß die Sowjetregierung zu Gewalt und Unterdrückung greifen, um sich an dem Tor jeder Fabrik eine bewaffnete Schutzwache zu stellen, um Fremden den Eintritt zu verhindern.“

Auf die Frage, ob die kommunistische Regierung sich werde halten können, antwortete Genosse Turner: „Ja. Rußland ist eben Rußland. Das russische Volk ist die Kräfte gewohnt wie das Jäger das Joch, weil es seit Jahrhunderten erduldet hat. Die Arbeiter werden das letzte Joch leichter ertragen als unter dem Joch, weil es ihnen wirtschaftlich besser geht. Der Arbeiter hat kein Interesse für Politik und politische Probleme. Das überläßt er der Hand voll Kommissäre und Funktionäre. Der Bauer, auf der anderen Seite, weiß nur, daß er seine eigenen lokalen Sowjets hat und kümmert sich um sonst nichts. Der russische Bauer unterwirft sich dem Kommunismus etwa in demselben Maße wie Kollaboranten den Gewerkschaften. Alles, was er weiß, ist, daß er sein

eigener Herr ist, daß er nicht als Proletariat gelten will und daß er für die proletarische Diktatur nicht einen Deut gibt. Deshalb glaube ich, daß das russische Volk dank seiner tiefen Unwissenheit die Sinowjew's ertragen wird, wie es die Romanows ertragen hat.“

Ueber die Lage der russischen Arbeiter sagte Turner: „Es ist richtig, daß das kommunistische Gesetz ausdrücklich vorschreibt, daß Kinder unter 14 Jahren die Schule besuchen und nicht arbeiten sollen und das Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren nur vier Stunden im Tag arbeiten und die übrige Zeit lernen sollen. Dieses Gesetz besteht jedoch nur auf dem Papier. In Wirklichkeit haben wir Kinder mit 7 und 8 Jahren arbeiten gesehen und das ist keine Ausnahme. Wir haben überall Kinderarbeit gesehen wie in der „alten guten Zeit“. Zur Erklärung wurden mir zwei Gründe angegeben: Erstens, daß die Eltern so arm sind, daß sie den Verdienst der Kinder benötigen und zweitens, daß die Sowjetregierung sich nicht getraut, Lehrer in die Dörfer zu senden, wenn es nicht verlässliche Kommunisten sind. Solche kommunistische Lehrer sind aber sehr selten, und die Kinder bleiben daher ungebildet wie ihre Eltern waren.“

Dagegen muß festgestellt werden, daß für die Erwachsenen in den Betrieben von Moskau und Leningrad Abendkursen und Tageskurse bestehen mit den notwendigen Lehrern, auf die sich die Regierung verlassen kann.

Das Polizei- und Spionageministerium der Sowjetregierung ist viel ärger als unter dem Jaren. In allen Betrieben, Schulen, Versammlungslokalen und Theatern wimmel es von Spionageministern, und wehe demjenigen, der in Ungnade fällt oder in Verdacht gerät, ein Gegner der Regierung zu sein.

Ueber die angebliche Nähe in Georgien erzählt Turner, daß ihr Onkel, als er durch Kaukasien fuhr, von einem bedeutenden Aufstand Soldaten bewacht wurde. Ueber die Demonstration in Tiflis, die drei Stunden dauerte, sagte er, daß nach den Bestimmungen der kommunistischen Gewerkschaften die bei solchen Demonstrationen verbrachte Zeit als Arbeitszeit gerechnet wird, während diejenigen, die nicht daran teilnehmen, Strafen zu gewärtigen haben. „Das ist der Grund, warum wir in Tiflis eine so große Kundgebung gesehen haben.“

### Reichsbannerkündigung in Berlin

RTB, Berlin, 22. Febr. Das einjährige Bestehen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wurde heute vormittag durch eine Gründungsfeier im Saalbau „Friedrichsheim“ feierlich begangen. Nach reparatorischen, musikalischen Beiträgen hielt Völkler eine Ansprache. Einleitend gedachte er der 136 Opfer der Grubenkatastrophe auf der Zeche Minister Stein, von denen 78 dem Reichsbanner angeschlossen haben. Die Aufzeichnungen gipfelten in einem Bekenntnis zu den Farben Schwarz-Rot-Gold, die das Symbol für die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes seien. Mit einem begeisterten Aufkommen schloß auf die Republik schloß er seine vielfach durch Beifall unterbrochene Rede.

### Gegen die Zerkünderung der Zeppelinfabrik

Washington, 23. Febr. (Eigener Fundbericht.) Der Senator Cooper hat kürzlich angedeutet, daß er im Senat einen Antrag einbringen werde, der die Regierung erhalte, bei der vollständigen Zerkünderung offiziell Einspruch zu erheben gegen die Verletzung der Zeppelinfabrik in Friedrichshagen, die er als eine Katastrophe für die ganze Welt bezeichne. Amerika beabsichtigt eine eventuelle Zerkünderung der Werk als eine Schwächung der Fertigungsfähigkeit Deutschlands aufzufassen, die gegen die Interessen der Gläubiger aus dem Dawes-Plan verstoße.

### Gemeindewahlen in Thüringen

RTB Weimar, 23. Febr. Ueber die Gemeindewahlen in Thüringen liegen folgende Ergebnisse vor: Oera 18 Bürgerliche, 14 Sozialdemokraten, 8 Kommunisten. Visher gehörten dem Stadtrat an: 14 Sozialdemokraten, 17 Bürgerliche, 4 Kommunisten. Gotha: 10 Kommunisten, 2 Sozialdemokraten, 2 Demokraten, 17 Bürgerliche. Die Bürgerpartei gewann einen Sitz. Jena: 10 Sozialdemokraten, 8 Kommunisten, 5 Demokraten, 14 Bürgerliche. Die Zusammensetzung des Stadtrates bleibt unverändert. Arnstadt: Bürgerliche 16 (16), Sozialdemokraten 11 (10), Kommunisten 4 (5). Weimar: Städtische Bevölkerung 5380 Stimmen, Sozialdemokraten 3832, Komm. 1107, Bürgerliche 1778, Vereinigung für Volkswohlfahrt 1840, Angehörige 693, Wirtschaftspartei 870, Nationalsozialisten 708. Eisenach: Demokraten 1277, DVP 462, Komm. 1375, Beamte und Angehörige 99, Sozialdemokraten 6363, Aufwertungsliste 690, Einheitsliste 770. Die bürgerlichen Demokraten vorausgeschickt etwa 19 Sitze, die Sozialpartei etwa 16 Sitze, Weimarer Komm. 460 Stimmen, Beamte 850, Wirtschaftspartei 833, Nationalsozialisten 209.

### Gemeindewahlen in Nowawes

pr. Berlin, 23. Febr. In Nowawes bei Potsdam, das erst kürzlich Stadtrecht erhalten hat, wurde gestern das erste Stadtparlament gewählt. Die Wähler, an denen sich etwa 76 Prozent aller Wahlberechtigten beteiligten hatten, verließen ohne Störung. Es erhielten: die Sozialdemokraten 4667 Stimmen und 16 Sitze, die Bürgerliche Vereinigung (DVP), Zentrum und Volksliste 4830 Stimmen und 14 Sitze, Kommunisten 1183 Stimmen und 3 Sitze, Demokraten 830 Stimmen und 2 Sitze. Bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember vorigen Jahres hatten die Demokraten 849, die Rechtsliste 6978, die Sozialdemokraten 5378 und die Kommunisten 1453 Stimmen erhalten.

### Brandung schwer erkrankt

Stockholm, 23. Febr. (Eigener Fundbericht.) Der Zustand Brandung hat sich am Sonntag so sehr verschlimmert, daß die Ärzte von dem übernatürlichen Eingriff, den sie für nötig hielten, abgesehen haben. Es ist für die nächsten Stunden das Schlimmste zu erwarten.

### Wieder eine Grubenkatastrophe

Sullivan, 21. Febr. (Adriana.) Durch eine Explosion in einem Bergwerk wurden die Bergleute verunglückt. Von den 140 Bergleuten, die sich zu 31 der Explosion in dem Bergwerk befanden, gelang es 100 sich zu retten. Das Bergwerk liegt 800 Meter tief. Die Rettungsarbeiten werden durch Kollapsen erschwert.

London, 21. Febr. Nach einer Agenturmeldung aus New York kamen bei dem Bergwerksunfall in Sullivan 52 Bergleute ums Leben.



### Ruhrstandal und Reichstag

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Siebenhundert (700) Millionen Goldmark hat die Reichsregierung ohne Wissen des Parlaments und ohne ausreichende Nachprüfung der Berechtigung dieser Zahlung an die Ruhrindustriellen vergütet. Wie gewaltig hoch die Summen sind, die schon vorher während des Ruhrkampfes an die Industrie des Westens geflossen sind, ist bisher auch nicht annähernd ermittelt. Die Reichsregierung schweigt sich darüber noch immer aus. Wochenlang hat die große Mehrheit der deutschen Zeitungen diese Tatbestände verurteilt oder verächtelt. Kein Wunder, sind doch die meisten deutschen Zeitungen im Besitze des Großkapitals oder werden durch die vielen kapitalistischen Nachrichtenagenturen geleitet. Man mußte in den Volksteilen, die der bürgerlichen Presse verfallen sind, die Aufmerksamkeit auf die Barmat-Geschichte gelenkt, obwohl die ganzen Geschäfte der Barmats im Vergleich zu den Zusammenhängen an die Ruhrindustrie ein elender Krämmerladen sind.

Am Freitag, wo die sozialdemokratische Anklage gegen die Reichsregierung vor dem Reichstage zur Beratung stand, waren in wenigen Minuten die Wölfe gerissen, die die bürgerliche Presse vor die Tatbuden zu legen versucht hat. Wer magte in dieser Reichstagsitzung noch von der Korruption der Sozialdemokratie zu reden? Wohl berückten die Reichsparteien, unsere Genossen Herz und Wohlberathen seiner Rede zu hören, wohl verurteilten die Großverdiener auf der Rechten und die von ihnen vorgeschickten Abgeordneten für eintraue Augenblicke gemachte Lustigkeit zu schimpfeln. Aber Genosse Herz brachte sie gleich zum Schweigen, als er ihnen rief: „Wenn Herr Barmat seine Geschäfte im Ruhrgebiet gemacht hätte, dann wäre er heute wahrscheinlich einer von Ihren Nationalhelden!“ Als so die lärmende Rechte zur Ruhe gebracht war, legte sich große Spannung über das Haus. Herz, ein gründlicher Kenner des gesamten großen Stoffgebietes, legte in seiner Anklage ein Material an den das Verfassungswidrige und leichtfertige Verschleudern von Reichsmitteln durch die Reichsregierung auf, das im Laufe der langen und erregten Sitzung von niemand erschüttert werden konnte. Immer wieder ging erbliche Empörung durch die Reihen der Linken, während die Gesamtgebungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volksparteier gegen die brauenden Verfallstürme unserer Genossen nicht aufkommen konnten.

Sofort nach der Rede des Genossen Herz erhob sich der Reichsfinanzminister zur Erwiderung. Was würde er zur Rechtfertigung vorzubringen wissen? Wer von ihm ein neues Argument für die Verletzung des Budgetrechts erwartete, war bitter enttäuscht. Er entkündete sich damit, daß im Herbst, als die Ruhrindustriellen die Zahlungen verlangten, der Reichstag aufgelöst gewesen sei. Was hätte denn geschehen sollen, fragte Reichskanzler Dr. Luther, einfalliger als er in Wirklichkeit ist? Nun ja, so würde ihm sofort von unseren Genossen zuerufen, man hätte doch den Überwachungsanspruch des Reichstaates bemühen können. Undes Herr Luther glaubt, daß der Überwachungsanspruch dafür nicht ausreicht gewesen wäre. Immerhin wird er nicht betreten können, daß die gesamte Öffentlichkeit alarmiert worden wäre, wenn die Reichsregierung ihre Absicht, den Überwachungsanspruch wenigstens teilweise zu machen, wahr gemacht haben würde. Auf den Gedanken aber, daß die Ruhrindustrie ruhig die wenigen Wochen bis zum Zusammenritt des Reichstaates hätte warten können, scheint Herr Luther überhaupt nicht gekommen zu sein. Er und seine Minister sind zwar schmerzlich auf beiden Ohren, wenn die Not der Massen zu ihnen entpufft. Dann haben sie immer die Entschuldigung zur Hand, daß es an Geld fehle und die Zustimmung des Reichstages notwendig sei. Als aber die Ruhrindustriellen abetretlich winkten, ließen sie alle Bedenken fahren und beschnitten den Herren Mödler, Kuffen, Krupp und Konforten, wie die Angefallenen eines Konzerns ihrer Generaldirektion. Die Veruche des Reichsfinanzministers, die Ruhrindustriellen als opferwillige und nur auf das Wohl der Gesamttheit bedachte Patrioten hinzustellen, weckte die heftige Empörung unserer Fraktion. Als Genosse Sallmann mitteln eines tümlichen Auftritts auf die Tribüne sprang, um dem Reichskanzler zu rufen: „Die Ruhrindustriellen haben die Arbeiter belogen und betrogen!“ riefte das der amtierende Vizepräsident Dr. Richter mit einem Ordnungsruf, der aber später zurückgenommen werden mußte. — Unter großem Lärm trat der Reichskanzler ab, wohl selbst der Auffassung, daß seine Rede kein Meisterstück gewesen ist.

In der Debatte zeigte sich, daß die Sozialdemokratie in ihrem großen Vorhabe Unterwürigkeit nur bei den Demokraten fand. Selbst die Zentrumspartei hat sich der gemeinsamen Erklärung der anderen bürgerlichen Parteien angeschlossen, die die Auszahlung der 700 Millionen als unbedingt notwendig bezeichnet und sich mit der Einbringung des Indemnitätsgesetzes zufrieden gibt. Die Haltung des Zentrums wird im besetzten Gebiet, wo unzählige Arbeiter, Anstellte, Beamte, kleine Gewerbetreibende, kleine Bauern usw. noch heute auf eine genügende Entschädigung für ihre Opfer während des letzten Widerstandes warten, schwerlich allgemeine Zustimmung finden. Daß die Führerin der Kommunisten, Frau Gohle, und später noch irgend ein junger Mann aus der kommunistischen Fraktion, sich vor die anerkannten bürgerlichen Minister stellten, ist selbstverständlich. Für diese Kommunisten ist jedes Wort von Luther und Stresemann im höchsten Maße glaubwürdig, während unsere Erklärungen nichts als Arbeiterbetrug darstellen. Nicht die Reichsregierung, die in der zweiten Hälfte 1923 die Verträge angewiesen hat, ist nach kommunistischen Begriffen die Hauptverantwortliche, sondern die Sozialdemokratie, die ein Jahr vorher im Kabinett Stresemann vertreten gewesen ist. So sehr die Kommunisten auch bei dieser Gelegenheit verlogen, so bedenklich war der den Genossen Herz unterliegende Vortrag des Demokraten Dietrich. Er behauptete, daß den Ruhrindustriellen mindestens 140 Millionen Mark mehr gezahlt worden sind, als sie auf Entschädigung Anspruch haben. Zeitweilig erlebte der Reichstag noch eine echte Stresemann-Rede. Er hatte einen Band Kabinettsprotokolle vor sich liegen, wühlte sich aber, aus ihnen über die Ereignisse im Oktober

## Zur Abwehr gegen das Steuerunrecht

### Kampfanruf der Gewerkschaften

Die Spitzenverbände der drei gewerkschaftlichen Organisationen übermitteln uns folgende Kundgebung: Die steuerliche Belastung der breiten Masse schreitet von Monat zu Monat weiter fort. An Lohn- und Gehaltssteuer wurden im Monat März des vorigen Jahres 71 Goldmillionen Mark erhoben. Im Juni waren es schon 96 Millionen, im Oktober 114, im November 119, im Dezember des vorigen Jahres und im Januar 1925 sind es jetzt 128 Goldmillionen Mark gewesen! Wie von uns vorausgesetzt, ist die Erhöhung der steuerfreien Lohnbeträge von 50 auf 80 Mark monatlich an den Reichseinnahmen spurlos vorübergegangen.

Die Umsatzsteuer hat im Januar den ungeheuren Ertrag von über 300 Millionen Goldmark ergeben. Die Zolleinnahmen in Höhe von 52 Millionen Mark für den jüngst vergangenen Monat sind rund 30 Proz. der veranschlagten Jahreseinnahme. Der Reichsregierung ist ihre Liebesgabenpolitik zugunsten der Ruhrindustriellen nur durch eine beispiellose und ohne jede soziale Rücksicht vorgenommene Belastung der breiten Massen des Volkes möglich geworden.

Jetzt hat die Reichsregierung durch sieben neue Gesetzesentwürfe die „Steuerreform“ angekündigt. Eine Durchprüfung der Entwürfe ergibt, daß sie auf eine standalöse Begünstigung des Reichtums abzielen. Man spricht von einer sogenannten vereinfachten Besteuerung für die Einkommen- und Vermögenssteuern, die Staffellung soll für die großen Vermögen und Einkünfte günstiger werden als bisher, die Wirtschaftsbewegung der Landwirtschaft möchte man durch ein besonders landwirtschaftlich-freundliches Organ vornehmen, die Kapital-Verkehrssteuern werden auf den Friedensstand herabgebracht, die Erbschaftsteuer bleibt in ihrer vollen Lidenhaftigkeit bestehen, — das sind die Steuerreformpläne der Regierung! Soweit zu ihnen bisher schon die Begründungen gegeben worden sind, strotzen sie von Entschuldigungen darüber, daß den Besitzenden im vergangenen Jahr eigentlich zu viel Steuern abgenommen worden seien, obwohl unbetreffbar feststeht, daß die Besitzenden in erheblichem Umfang auf die breite Masse abgewälzt wurden.

Die Regierung mag es, den Arbeitnehmern als einziger Erleichterung ihrer steuerlichen Last anzubieten, dasjenige, was mehr als vier Kinder ernähren muß, für das fünfte und jedes weitere Kind in Zukunft 2 Prozent statt 1 Prozent in seine Steuerrechnung einfließen darf. Da die Regierung in ihren Entwürfen und auch bei deren Begründung nicht einmal von einer Senkung der Umsatzsteuer gesprochen hat, so ist anzunehmen, daß sie glaubt, durch späteres Entgegenkommen auf diesem Gebiet den Volksprotest ablenken zu können.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände erheben hiermit lautstarken Protest gegen diese Steuerreform zugunsten der Besitzenden. Sie verlangen schon heute, daß die Reichsregierung endlich aus-

spricht, wie sie die Mehrkosten für die von vielen Parteien verlangte erhöhte Aufwertung aufzubringen gedenkt. Der Finanzausgleich mit den Ländern besteht aus einem Provisorium, das in sechs Wochen abläuft. Die Reichsregierung bringe es fertig, dennoch zu schweigen.

Wir müssen die Regierung daran erinnern, daß das auch von ihr anerkannte Dawesgutachten die Art der notwendigen Steuerreform klar umrissen hat. Dort heißt es, daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuerhitem nicht in angemessener Weise erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Klasse rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klasse in anderen Ländern vergleichbar wäre.

Wo bleibt die Verteuerung der Inflationsgewinne? Wann beginnt die Rückzahlung der Ruhrverdiene? Es muß die Lohnsteuer weitgehend erleichtert werden!

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben ihre Stellung zur deutschen Steuerleggebung schon einmal ausführlich begründet. Diese Verhandlungsergebnisse sind auch dem damaligen Finanzminister und augenblicklichen Reichskanzler, Herrn Dr. Luther, übermittelt worden. Das gleiche geschah im Zusammenhang mit dem Sachverständigen-Gutachten. Damals ist betont worden, daß die Gewerkschaften nicht zulassen könnten, daß die reicheren Klassen Deutschlands sich etwa nur deswegen den Vorisagen fremder Mächte unterwerfen, weil sie glauben, bei der Verteilung der Kosten im Innern stark genug zu sein, um sie auf andere abzuwälzen.

Wir verlangen von der Reichsregierung eine Steuerpolitik, die nicht zuerst den Bedürfnissen der Besitzenden, der Industriellen und Agrarier, sondern

den Lebensnotwendigkeiten der breiten Masse des Volkes entspricht.

Die Steuerpolitik, wie sie jetzt getrieben wird, liegt auf einer Linie mit der Schutzollpolitik, die von der deutschen Schwerindustrie bei den Handelsvertragsverhandlungen immer stärker durchgesetzt, von einer kleinen aber mächtigen Schicht der Großgrundbesitzer gedeckt und durch die bearbeitende Industrie, die heute in einem Schicksalsverhältnis zu den Rohstoffbesitzern steht, gebildet wird.

Wirtschaftlicher Unverstand und politische Reaktion vereinigen sich, um die Konjunktur der Arbeiter, Angestellten und Beamten der breiten Masse des Volkes, das letzte Fundament unserer Wirtschaft, zu untergraben.

Wir fordern unsere Mitglieder auf, zur Abwehr zu rücken! Die Bundesvorstände des ADGB, der IFA und des ADA.

1923 mehr vorzutragen, als längst durch die Erklärungen Schmidts und Sallmanns bekannt geworden ist. Mit der Weisheit, die ihn im Konflikt auszeichnet, versuchte er das Haus von der Tatsache, daß das Parlament hintergangen wurde, abzulenken. Dem Genossen Herz gaben diese Streifenmännchen Winkelzüge Gelegenheit, noch einmal klar und scharf die Tatsachen herauszuarbeiten. Nicht darum handelt es sich, ob im Jahre 1923 ein Kabinett — übrigens unter Protest und unter Stimmenthaltung der Sozialdemokratie — Abmachungen mit den Ruhrindustriellen getroffen hat, sondern entscheidend ist: Die Sozialdemokratie trägt keine Verantwortung für die mangelhafte Nachprüfung, nicht für den Zeitpunkt der Auszahlung, nicht für die jämmerliche Ungerechtfertigkeit bei der Verteilung, nicht für die Hinterziehung des Parlaments.

Wie unangenehm die Rechtsparteien die sozialdemokratische Forderung auf Einsetzung eines Untersuchungs-ausschusses ist, beweist der Umstand, daß sie diesen Antrag durch gefälschte Auslegungen der Geschäftsordnung zu Fall zu bringen wußten, weil unter Antra schon genau das Arbeitsgebiet des Ausschusses in möglichst weitem Umfang abdeckte. Angenommen wurde schließlich der demokratische Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungs-ausschusses. Aufgabe der Sozialdemokratie wird es nun sein, die Arbeit dieses Untersuchungs-ausschusses richtig einzuleiten, sondern das ganze große Sumpfgebiet der Ruhrstandalen zu durchleuchten. Gedacht das, so wird das deutsche Volk trotz aller Unterdrückungsversuche durch die kapitalistische Presse bald einsehen, wo wirklich Korruption vorhanden ist. Dann werden auch diejenigen Teile der arbeitenden Bevölkerung, die in den letzten Wochen durch das Zeitungsgeräusch sich in eine Lese gegen die Sozialdemokratie haben hineinreiben lassen, belehrt werden, und sie werden die Hände hollen an den großen kapitalistischen Schichten, die seit dem Kriegsausbruch noch jedes nationale Unglück Deutschlands zu einer riesenhafte Bereicherung auszunutzen verstanden haben.

### Die deutsche Tschaka vor Gericht

#### 8. Verhandlungstag

Leipzig, 20. Febr. (Eig. Bericht.)

Am 8. Verhandlungstag des Tschaka-Prozesses wird zunächst in der Vernehmung des Angeklagten Voegel fortgesetzt. Er wird vom Vorsitzenden aufgefordert, sich über die „Erlebung des Kaufs“ zu äußern. Voegel berichtet ausführlich über alle Einzelheiten, so weit er daran beteiligt war. Dabei ergeben sich verschiedene Widersprüche zwischen seiner Aussage und der des Angeklagten Neumann. Daraus entwickelt sich eine rege Auseinandersetzung zwischen Verteidigung und Vorsitzenden. Voegel behauptet, er habe die Erlebung des Kaufs niemals ernst genommen. Vor: Warum haben Sie Kauf nicht von der Ansicht Neumanns in Kenntnis gelassen? Voegel: Damit Neumann nicht mißtrauisch wurde, ich nicht etwa denselben Weg wie Kauf gehen mußte, da ich ja verpflichtet war. Als Kauf jedoch die Bedeutung machte: „Ich werde jetzt alles der Polizei mitteilen“, hatte ich keine Sympathie mehr für ihn. Nach Ausführung der Tat begaben wir uns zu Interi, der illegalen Wohnung des Marges. Vor: Warum haben Sie Neumann in der Vorunternehmung so schwer belästigt? Voegel: Das ist aus Höflichkeit; ich nehme diese Aussagen jetzt wieder zurück. — Der Angeklagte Neumann ruft: Unerbitt! Dieser Zwischenruf blieb vom Vorsitzenden ungehört.

Anschließend kam es wieder zu einer sehr erregten Auseinandersetzung zwischen Verteidigung, Vorsitzenden und Reichsanwalt, wobei den Rechtsanwältinnen Dr. Sommer und Dr. Hoff mehrmals das Wort entzogen wurde. Voegel hat in der Vorunternehmung auch den Angeklagten Marges schwer belästigt, indem er ausgesetzt haben soll, Marges habe zu ihnen gesagt: „Wenn Sie die Regeln abgeleitet hätten, wäre Kauf tot.“ Diese Aussage nimmt Voegel jetzt ebenfalls zurück. Er will sie nur gemacht haben, um den Wünschen der Polizei gerecht zu werden. Nach einer kurzen Pause acht der Vorsitzende auf die verschiedenen Widersprüche in der Aussage des Voegel ein. Am Ende einer Karte wird festgestellt, an welchem Ort die einzelnen Angeklagten, welche in den Fall Kauf verwickelt sind, bei Verübung der Tat stehen geblieben haben. Nach Erlebung des Kaufs hat Neumann dem Helmut einen Bericht erlassen? Voegel: Jawohl. Neumann hat mir das mitgeteilt, es soll ihm, darauf Geld angeboten worden sein.

Es kommen sodann die Fälle Stinnes, Vorig und Zehnfund zur Vernehmung. Der Angeklagte Voegel soll erzählen, inwieweit er beteiligt war. Voegel: Zum Fall Stinnes bemerke ich, daß ich nach Nürnberg gefahren bin, um mit den Bediensteten des Stinnes Kontakt zu nehmen und daraus die Lebensart des Angeklagten zu ermitteln. Weiter weiß ich von dieser Angelegenheit nichts. Darauf sollte ich die Wohnung des Vorig ausfindig machen. Ich stellte dies alles fest. Weiter weiß ich von diesem Fall ebenfalls nichts. Der Vorsitzende fragt den Angeklagten Voegel ferner, woher er die Einzelheiten über die Organisation der IFA weiß. Voegel: Aus einer mir angefallenen Prospektur, betitelt „Das wahre Gesicht der Kommunisten“. Der Reichsanwalt übergibt hierauf dem Vorsitzenden die herbeigelegte Prospektur.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung versuchen die Verteidiger, durch verschiedene Fragen die Glaubwürdigkeit seiner Aussage zu erschüttern. Der Vorsitzende erwidert, daß Voegel den Stinnesfall, als ihm dieser in der Untersuchungsphase dreimal gegenübergestellt wurde, als Helmut bezeichnet. Voegel: Da habe ich eben dreimal gelogen, ich kenne den Stinnesfall nicht. — Am Anluß an diesen Widerspruch entwidelt sich wiederum eine längere Debatte, wobei die Verteidigung wieder versucht, die Aussagen des Neumann unglaubwürdig zu machen.

Nach längerer Pause wird mit der Vernehmung des Angeklagten Voegel fortgesetzt. Senatpräsident Niedner zu den Verteidigern: Voegel gibt im wesentlichen an, daß er seine Aussagen in der Vorunternehmung aufrechterhalte, nur widerrufe er die Anschuldigungen gegen seine Mitangeklagten. Es sei deshalb notwendig, daß man mit der Verlesung der Schriftstücke an Voegel während der Untersuchungsphase beginne. Voegel berichtet weiter ausführlich über die einzelnen Fälle, soweit er eine Rolle dabei gespielt hat, wobei er einzelne Mitangeklagte mehr oder weniger belästigt. Da der Angeklagte Neumann dem Gang der Vernehmung nicht mehr zu folgen vermag, wird von der Vernehmung beurlaubt, die Verhandlung abzubrechen. Diefem Antrag wird stattgegeben und die Verhandlung auf Samstag vertagt.

(Neunter Verhandlungstag.)

Leipzig, 21. Febr. (Eig. Bericht.)

Im Tschaka-Prozess wurde am Samstag mit der Vernehmung des Angeklagten Voegel fortgesetzt, wobei die Fälle Schlotter und Holz verschiedene Male eingehend erörtert wurden. Wiederum verwickelte sich Voegel in verschiedene Widersprüche, wiederum widerrief er auch einen Teil seiner früheren Aussagen. Als Voegel hierauf durch den Vorsitzenden und die Reichsanwältle in ein gehöriges Kreuzverhör genommen wurde, kam es wiederum zu erregten Szenen. Nachdem Voegel noch seine Verhaftung in Stuttgart geschildert hatte, verlas der Vorsitzende einige Schriftstücke, aus denen hervorgeht, daß u. a. auch in Mannheim Tschaka-Gruppen gebildet und die Arbeitslosen bei ihren Demonstrationen mit Waffen versehen werden sollte, um auf die Polizei zu schießen. Dadurch kostete man, die Erregung unter den eigenen Anhängern zu steigern. Am Schluß



der Vormittags-Sitzung entspann sich noch eine längere Auseinandersetzung zwischen der Verteidigung und dem Angeklagten Neumann über die Dauer seiner Parteizugehörigkeit. Neumann erklärte, daß er seit 1920 Mitglied der kommunistischen Partei sei, vorher sei er in der kommunistischen Arbeiterpartei gewesen. Die kommunistischen Verteidiger bemühten sich, Neumanns Parteizugehörigkeit zu verweigern und ihn abzuschneiden. Neumann versicherte aber, daß er mehrere Jahre Parteimitglied in Frankfurt gewesen sei; er habe stets in englischer Färbung mit der Zentrale gestanden.

Die Nachmittags-Sitzung begann mit der Vernehmung des Angeklagten Margies. Dieser weigerte sich, den Platz vor dem Richterstuhl einzunehmen, den er als „Schandspieß“ bezeichnete. Er könne sich nicht beherrsigen und sich vielleicht auch einmal an den Richtern vergreifen, und läßt sich nicht hören, da es im ganzen Saale zu hören sei. Vorsitzender: Sie sind Fabrikarbeiter? Margies: Ich verweigere jede Auskunft über meine Personalia. Der Vorsitzende verliest hierauf dieselben, sowie die gaskelischen Verurteilungen, darunter Juditsausstrafen bis zu zehn Jahren, die bis 1890 zurückgehen. — Vorsitzender: Stimmt diese Verurteilung? Margies: Das würde doch eine Auskunft über meine Personalia sein, die ich grundsätzlich verweigere. Vorsitzender: Es soll gegen Sie ein Verfahren wegen Verleumdung anhängig sein, welches jedoch vorläufig eingestellt ist. Sie geben darüber auch keine Auskunft? Margies: Ich gebe keine Auskunft. Vorsitzender: Sind Sie Mitglied der KPD? Das gehört doch eigentlich nicht zu den Personalia. — Margies: Darüber verweigere ich ebenfalls jede Auskunft, da ja die Zugehörigkeit zur Partei schon eine strafbare Handlung ist. — Vorsitzender: Sie haben es aber in der Voruntersuchung zu Protokoll gegeben. — Margies: Das war nur eine Unterhaltung. Vorsitzender: Wollen Sie auch die Aussage darüber verweigern, was Ihnen die Anklage zur Last legt? Margies: Darüber will ich gern auslegen. Vorsitzender: Wollen Sie etwas über eine Tischkarte? — Margies: Nein; ja, was ich hier während der Verhandlung gehört habe. — Vorsitzender: Wissen Sie etwas über die Gründung einer Reichs-Tischkarte? Margies: Am 2. Dezember 1923. Ich wurde erst durch sechs Gruppen geleitet, ehe ich zur Gruppe Hans kam, welche von Neumann geleitet wurde. Margies erzählt dann, daß ihm Neumann feierlich erklärt habe, seine Gruppe hänge außerhalb der Partei und sei bezeichnet mit „Vund der roten Raben“. Der Zweck der Gruppe sei die Kontrolle der Partei und die Erziehung der Spittel. — Vorsitzender: Was meinte er mit „erlebigen“? Margies: Das habe ich erst später erfahren. Ich war nicht so neugierig. — Vorsitzender (zu Neumann): Stimmen die Angaben des Margies? Neumann: Nein, er ist genau so auf die Partei verpflichtet worden wie die anderen auch. Margies berichtet hierauf über den Vorfall gegen Secht. Er habe den Vorfall gemacht, man solle von den Bürgerlichen vom Rathenaymord lernen und den Secht durch eine Bombe erlebigen. Bei der Erörterung der Einzelheiten dieses Planes werden die Aussagen des Margies ständig durch den Angeklagten Neumann widerlegt. Der Vorsitzende sieht sich veranlaßt, Neumann aufzufordern, vor dem Richterstuhl Platz zu nehmen, angeblich, um ihn besser hören zu können, in Wirklichkeit will er ihn aber dadurch vor einem Wutausbruch des Margies schützen, da dieser hinter ihm sitzt und Neumann gegenüber bereits eine drohende Stellung eingenommen hat.

Zum Schluß der Sitzung kommt es über den Fragen, die der Vorsitzende an den Kronzeugen Neumann richtet, zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Gericht und Verteidigung. Die scharfen Zusammenstöße zwischen Gericht und Verteidigung, kommunistischen Verteidiger drohen, ihre Äußerungen niederzuliegen, wenn der Vorsitzende die Prozeßführung nicht ändere. Der Reichsanwalt verbietet sich jede Kritik des Gerichtshofes. Darauf beantragen die Verteidiger, mit Ausnahme der Offizialverteidiger, eine Pause von 5 Minuten zur Beratung. Kurz hernach befindet Justizrat Dr. Frankel im Namen der Verteidigung, daß diese beschließen habe, ihre Äußerungen niederzuliegen. Darauf wird die Verhandlung abgebrochen und auf Montag vertagt.

### Aus dem Freistaat Baden Reichstagskämpfer am Wert

Wir lesen in der Heidelberger „Volkszeitung“, ziemlich im Verborgenen stehend, wie so manche deutschnationale Sumpfpflanze, kriecht die von einem Dr. Johannes Bierbach-Heidelberg verantwortliche und vom „Odenwälder-Verlag“ in Baden gedruckte „Deutsche Zukunft“ in Heidelberg ihr Dasein. Die Verweigerung der Reichstagskämpfer und das Gift reaktionärer Stellenjäger der badischen Bevölkerung eingutun, ist des Blattes schames Handwerk. Gedankliche Grundlage und Art der Schrift verrät deutlich, daß hier echt preußisches Gemüde vorliegt, gegen das unser badisches Volk im allgemeinen immun ist. Wir können es uns ersparen, uns mit dieser „Deutschen Zukunft“ zu beschäftigen, die sehr stark auf Lehretzreie zu spekulieren sucht — der „Philosoph“ Friedl dabei als Vorbild genommen —, wobei die Stunde der Enttarnung des Denkmals für die gefallenen Volksschullehrer, das Zeichen zum Beginn des Kampfes für eine traditionelle Nationalkulturpolitik in der Südweltmark für das alte Reich und seinen neuen Geist geben soll. So beachtlich diese programmatische Perspektive auch ist, so geben uns zur Beschäftigung mit der „Deutschen Zukunft“ doch vor allem Anlaß die nach einer Polemik gegen den Regierender Germanicus gemachten Ausführungen „Kulturpolitik in der Südweltmark“, in der nach einer Polemik gegen die Rede des derzeitigen badischen Staatspräsidenten, Unterstaatsministers Dr. Sellbach auf der Tagung der Völkervereinigung in Heidelberg erklärt wird:

„Es ist kein Zweifel, die Südweltmark wird von ihren derzeitigen Machthabern als Kleinod aus der Reichskrone Bismarcks herausgehoben, der listige Makler läßt seinen Blick sowohl über den Rhein wie nach der Donau funkeln. Wer wird zugreifen? Das badische Volk geht derweilen gleichmütig seinen kleinen Geschäften nach. Mit dieser Eigenart muß gerechnet werden. Man wird die Reue dieses Landtagspräsidenten nicht mehr ändern. Unvergleichlich ist aber, wie viele gelbrotgelbe, badische Odenwälder in den Reihen einer kampferühmten Garde-Division zu sehen waren. Der gesamte Erfolg dieser Elitegruppe stammte vom Schwarzpulver: unter preussischer Führung leistete dieses Menschennaterial Unvergleichliches! Es ist ein Verbrechen, dieses schlichte Volk an eine minderwertige Führung zu verschandern. Die Kasernen stehen leer; die Klöster füllen sich. Das wird Badens Niedergang sein.“

Wir verlangen es uns, an dieser Stelle gegen diese Lästerungen des badischen Volkes aus deutschnationalem Munde zu protestieren; die Ehre und das Können Badens stehen zu hoch, als daß es ihnen daran Einbruch tun könnte, wenn ein annehmbarer Strich dem badischen Volk nur dann Leistungsfähigkeit zuspricht, wenn es — unter preussischer Gamauchentücheln steht. Was jedoch selbstenagelt zu werden verdient — wo bleibt in diesem Falle der Staatsanwalt? —, das ist die Tatsache, daß sich hier

ein deutschnationales Blättel erdwehlet, der badischen Regierung (lies Machthabern) vorzuwerfen, es würde von ihr „die Südweltmark als Kleinod aus der Reichskrone Bismarcks herausgehoben“, wobei überalldin nach Freieren geschieht würde, während das badische Volk gleichgültig zusehe. Wir unterlassen es, die Verlogenheit dieser demagogischen Hebe zu brandmarken, da kein vernünftiger Mensch auf solch dummes deutschnationales Geseffel hineinkommt; wir halten es jedoch für nötig, darauf hinzuweisen, wie hier von „nationalen Ehrenmännern“ Reichstagskämpfer betriebe werden. Denn die „Deutsche Zukunft“ muß wissen, wie es auf die französischen Kreise im Poincaré wirkt, wenn deutschseits so der Zerfall des Reiches als „Deutsche Zukunft“ hingewiesen wird; ja die verantwortlichen Männer sogar als im Dienste des Abgesandtenstanzens stehend, gezeichnet werden. Zerföhrungsarbeit schlimmster Art ist es so, was hier in stillen Winkeln von gewissen „Ehrenmännern“ getrieben wird.

Aber vielleicht handelt es sich bei der „Deutschen Zukunft“ um ein Blatt, hinter dem dunkle Ehrenmänner stehen? Hierüber gibt die „Deutsche Zukunft“ selbst ausreichende Auskunft. In ihrem Schlußteil bringt sie nämlich die Verammlungsansagen der deutschnationalen Partei, wie z. B. der Abgeordneten Mager und Frau Richter. Außerdem gibt sie ein Bild darüber, wer die Geldgeber dieses zweifelhaften Unternehmens sind. Die „Deutsche Zukunft“ spendet nämlich „Danke“ denjenigen, die „für Ausbreitung der Deutschen Zukunft“ spendeten. Neben anderen Namen finden wir darin:

Major W. M. Konjanz; Stadtrat A. J. Weinheim; Major O. W. Forstheim; Prof. C. M. Neustadt; General A. Baden-Paden; Oberstleutnant C. v. M. Freiburg; Ob. Fin. Insp. A. W. Karlsruhe; Antisrichter W. Forstheim; Kapitänleutnant A. Heidelberg; Ob. Amst. A. Bogen; Frau Major A. Heidelberg; Herr R. M. Mannheim; Red. Rat D. A. S. Emmendingen; Landgerichtsrat H. B. Karlsruhe; Oberst A. W. Karlsruhe; Hauptlehrer C. Mannheim; Oberlin. J. Bahr; Prof. Dr. W. Donauerschilling; H. P. Buben; Frau Geint. S. Heidelberg; Frau Kaufmännin A. Heidelberg; Frau Kur. S. Heidelberg; General A. Heidelberg.

Ferner werden als zum Wahlschick spendend genannt: Frau Geh. Rat Fr. Heidelberg; Postamt. W. Offenbach; Herr C. A. Wiesloch; Herr W. W. Wilhelmshafen; Antisrichter W. Forstheim; Major F. D. S. Heidelberg; Oberst v. P. Karlsruhe; Reichslehrer A. W. Mannheim.

So sehen also die „nationalen Ehrenmänner“ aus, die oben geschätzter „vaterländischer“ Arbeit ihre Kräfte leihen. Armes, armes Deutschland!

\* Zum Volkstanztag am 1. März. Das badische Staatsministerium hat beschlossen, daß am Volkstanztag die staatlichen Gebäude geschlossen werden; die Bezirksämter wurden durch den Minister des Innern angewiesen, die Gemeindeführer zu einem entsprechenden Vorgehen zu veranlassen. Ein Verbot des Theaters- und Spielplatzbesuches, Konzerten usw. wird von der Regierung nicht angeordnet werden.

\* Landesbad Baden-Baden. Die Wiedereröffnung des Landesbades in Baden-Baden erfolgt am 3. März 1925. Aufnahmegerüste sind an die Verwaltung des Landesbades in Baden-Baden zu richten, von der auch die Vorrede für die ärztlichen Zeugnisse zu beziehen sind. — Das Landesbad Dürrenheim ist in diesem Jahre auch während des Winters geöffnet geblieben.

\* Konsularische Vertretung Finnlands. Der bisherige finnische Generalkonsul für das Deutsche Reich mit dem Amtssitz in Berlin, Dr. Sjalmar Göös, ist zum finnischen Generalkonsul für das Deutsche Reich mit dem Amtssitz in Hamburg ernannt worden. Nachdem ihm von Seiten des Reiches das Exequatur erteilt worden ist, ist er zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen auch in Baden hiermit zugelassen worden.

Ein Reichstagskämpfer an der Bergstraße? Wie verlautet sind Verfehrungen in Gahrn, an der Bergstraße, etwa auf dem Köchler Berg des vorderen Odenwaldes, dem Reichsloos, oder bei Deppenheim oder Weinheim, ein Reichstagskämpfer erwidert zu lassen, das etwa dem Niedermaldehofen der Rheinlande, der Reichsleiter Verfehrungshalle der Bayern, der Axta Weiffalten des Nordwestens und dem Wälferschlachdenkmal in Leipzig entsprechen soll. — Wir meinen, mit dem „Denkmal“ und „Ehrenmal“ „Anfang sollte ein auch endlich einmal ein Ende gemacht werden. Jeder Kenntnis für einen derartigen Steinbau ist eine gewissenlose Geldverschwendung, solange noch ein einziger Kriegesbedürftiger in Deutschland hungert, eine einzige Kriegeswunde darben und eine einzige Kriegeswaise notleiden muß.

### Aus der Partei Von der Agitation

Vor einigen Tagen sprach Genosse Reichstagsabgeordneter Schöpplin in Berlin. Ueber den Verlauf der Verammlung schreibt die „Völkische Volkszeitung“ in einem Stimmungsbild u. a.:

„Zu einem glänzenden Erfolg für die Partei in idealer und moralischer Hinsicht, gestaltete sich die im Reichstagsgebäude abgehaltene öffentliche politische Verammlung. Genosse Schöpplin gab in seinem Vortrag zunächst einen kurzen Ueberblick über das Werden des neuen gegenwärtigen Staates unter Hinweis auf die Geschichte der französischen Revolution. Er zeigte es bedarf, eine neu entstandene Staatsform sich durchzusetzen und festzuhalten. Treffend charakterisierte er die größte Schwäche und Unhaltbarkeit vornehm die gegenwärtige Reichsregierung und ihre einzelnen Glieder, immer wieder unter Zustimmung aus der Verammlung. Auch die Freundschaft und die der anderen Freistaaten zu Redner in den Kreis seiner Betrachtungen. Mit der eindringlichen Mahnung, einzig und geschlossen zum Schutze der republikanischen Staatsform zusammenzutreten, schloß Redner seine fünfviertelstündigen Darlegungen unter dem lebhaftesten Beifall der Verammlung. Der Verammlungsleiter eröffnete nach einer kleinen Pause — unter Feststellung der Anwesenheit von bekannten Vertretern aller politischen Parteien — die Aussprache. Niemand zeigte aber die Absicht, mit Genossen Schöpplin die Dinge freuzen zu wollen, selbst nicht einmal ein SPD-Mitglied, der besonders von Berlin hierher gekommen war und sehr eifrig Redner machte. Die Hochachtung der Redners hatte offenbar ihre Wirkung ausgeübt. In einem Nach- und Schlußwort behandelte Genosse Schöpplin auf besonderen Wunsch der badischen Verammlung die Finanzstandlage der jüngsten Zeit, besonders den Fall Karmat, in den auch einige Parteigenossen verwickelt sind. Was unser Redner hier zu sagen konnte, hätte verdient, nach von vielen Zuhörern Parteigenossen gehört zu werden. In atemloser Aufmerksamkeit lauschten die Verammelten, die trefflichen Darlegungen immer wieder durch Zustimmung unterbrechend. Auch hier zum Schluß stürmischer Beifall. Mit voller Befriedigung konnte der Vorsitzende feststellen, daß diese Ausführungen unzweifelhaft Freund und Gegner die Ueberzeugung beigetragen haben von der Reife und Bedenklichkeit des Reichstagsabgeordneten Schöpplin. Der Kreisverein kann — das mag hier von uns zum Schluß gesagt sein — mit dem moralischen Erfolg gerade dieser Verammlung aufs höchste zufrieden sein.“

1. Schlußwort. Vor einer gastreichen Zuhörerschaft sprach letzten Dienstagabend Gen. Dr. Engler über das zeitgemäße Thema: „Wohnungsnot und Wohnungsbau“. In seinem nahezu 1 1/2 stündigen Vortrag gab der Redner in großen Zügen den Anwesenden ein maßstabsetzendes Bild über dieses so wichtige Problem. Treffend führte Gen. Engler die Natur des unbegrenzten freien Wirtschaft ab, um aber auch den Richtern denjenigen zu sagen, was nach seiner Ansicht am Platze ist. Er sprach die Hoffnung aus, daß es der Regierung gelingen möge, durch das Gebäudebesondererergesetz diejenigen Mittel aufzubringen, die nötig sind, um das Bauen in den nächsten Jahren zu finanzieren. Zum Schluß forderte der Redner die Anwesenden auf, soweit sie ein menschliches Empfinden haben, diese in sozialer Hinsicht so ungemieine wichtige Frage nach Kräften zu fördern. Die Diskussion brachte — ohgleich auch Gegner der derzeitigen Wohnungswirtschaft anwesend waren — nur Anerkennung und Zustimmung für Herrn Engler. Sogar der auswärts waren Verammlungsbesucher erschienen, die ihre Rufe bekräftigten. In seinem Schlußwort bekräftigte Gen. Engler in sachkundiger Weise die in der Diskussion berührten Fragen, so daß der Vorsitzende mit Dankesworten und dem Hinweis auf die am 28. d. M. stattfindende Verammlung mit dem Thema „Wohel und Bismarck“ die schön verlaufene Verammlung um 11 Uhr schließen konnte.“

Die badische Sozialdemokratie kam für das Jahr 1924 einen Mitgliederzuwachs von 12 000 neuen. Damit beträgt die Mitgliederzahl der Partei 143 200, was bei einer Gesamtbevölkerung Dänemarks von 3 1/2 Millionen fast 4 Prozent dieser beträgt. Die Hauptstärke der Partei liegt nach wie vor in Baden, während das bayerische Ländchen noch ziemlich unerobertes Boden ist.

### Soziales

Bruchhausen. Einem Bedürfnis der Landwirtschaft Rechnung tragend, wurde in Bruchhausen eine Spar- und Darlehenskasse ins Leben gerufen. Redaktionsbeamteter Hennig ist vom Verband bad. landw. Genossenschaften Karlsruhe sprach über Zweck und Ziele der Spar- und Darlehenskassen in den ländlichen Gemeinden, woran sich eine lebhafte Aussprache anschloß. 1. Vorsitzender wurde Secht Josef V. Redner Dr. August H. Der Geschäftsführer beträgt 100 Mk. Die Genossenschaft soll sich dem Verband bad. landw. Genossenschaften sowie der Bad. Landwirtschaftsbank an.

### Kleine badische Chronik

1. Böhlingen a. Kaiserstuhl. Kaiser Tod. Von einem überaus reichen Tod wurde der heilige Landwirt und Mann zum „Kaiser“, Jakob Dreier, erlitt. Gen. im Begehr, im seinen Besitzt auszuführen, trat im am Hofier seines Hauses ein Herzschlag, der seinen awenwärtigen Tod zur Folge hatte.

1. Aus dem Bezirk Freiburg. Kraftwagenverkehr. Die schon einmal im Vertriefe befindliche, jedoch früher wieder eingegangene Kraftwagenverbindung mit dem Zumberg soll wieder ins Leben gerufen werden. Ein Privatunternehmer der über einen Kraftwagen mit 38 Sitzen verfügt, erzielte sich zwischen Freiburg-Beckenhausen, Imkirch und dem Zumberg (Pflingen) eine tägliche viermalige Kraftwagenverbindung einzurichten. Voraussetzungen dabei ist, daß ihm die beteiligten Gemeinden eine gewisse geldliche Unterstützung in Gestalt einer Subvention gewähren.

Mühlheim. Hier wurde ein 17 Jahre alter aus Konstanz stammender Bursche verhaftet, der seinem Dienstherren verächtlich Gelder aus der Kasse entnommen und diese an seine Mutter nach Konstanz schickte. Diese soll ihren Sohn zu dieser Unredlichkeit animiert haben. — Ein junges Mädchen wollte auf dem Steg bei der Aegertenmühle einer alten Frau ausweichen, trat jedoch fehl und fiel in den hochgehenden Mühlbach. Auf ihre Hilferufe eilten zwei Männer herbei, von denen einer ins Wasser sprang und das Mädchen rettete. Ihre Geldtasche ging dabei verloren.

1. Bären, Verhaftungen. Die vor kurzem aufgedeckten Verfehrungsbündnisse ziehen immer weitere Kreise. Borige Woche wurden von dem Schöffengericht Freiburg, das hier eine geforderte Tagung abhielt, etwa 15 Männer, Frauen und Mädchen wegen Verfehrung beim Weisfisch in der Anstaltung verurteilt. Wegen der gleichen Verfehrung haben in den letzten Tagen in Bären und Umgebung ungefähr 20 weitere Verfehrungen stattgefunden. Die wegen Lohnverfehrung mit zwei Jahren Zuchthaus bestrafte Frau B. gibt nun alle Personen preis, die mit ihr in strafbaren Verfehrungen standen.

Die Schiffahrt auf dem Oberrhein. Die abnorme Temperatur und Witterung des Winters hat die Rheinischiffahrt auf dem Oberrhein bis Reich Strahlung aus Schwerte gefährdet. Während des ganzen Monats Januar ist der Wasserstand nicht über 1,40 m hinaufgegangen, am 23. Januar moß der Rhein sogar nur 1,20 m. Es ist ein glänzender Beweis für die Leistungsfähigkeit der deutschen Reih durchgeführten Regulierung, daß bei demart niedrigen Wasserständen überhaupt noch eine Schifffahrt benutzbar bleibt. Die Lage ist aber umsonst bedauerlich, als das Schweizer Hochgebirge bis jetzt noch keine Schneefälle zu verzeichnen hatte, jedoch auch für die kommenden Monate die Aussichten der Rheinischiffahrt sehr ungünstig sind. Im Dezember konnten die Schiffe ihre Leistungsfähigkeit nach zu 45 Prozent ausüben, im Januar nach zu 30 Prozent. Hoffe, das sonst das Hauptgut für Karlsruhe von Strahlburg aus bietet, ist im Januar überhaupt nicht verladen worden.

Briefsendungen nach Berlin. Die in der Aufschrift die Angabe des 3 u f e l p o l i t a m t s tragen, werden vom 1. Februar ab schon während der Fahrt in den Bahnhöfen einzeln nachgegeben nach den Berliner Justizämtern verteilt und diesen von den Bahnhöfen aus unmittelbar zugeführt. Hierdurch wird erreicht, daß diese Sendungen in eine frühere Bestellung kommen, was für die Empfänger von wesentlichem Vorteil ist. Diese Sonderbestellung kann auf Briefsendungen, die in der Aufschrift die Angabe des Justizamts nicht tragen, aus betriebsbedingten Gründen nicht erstreckt werden. Diese Sendungen müssen daher noch wie vor dem Briefpostamt Berlin C 2) abgegeben und dort bearbeitet werden. Sie erliegen dadurch gegenüber den mit Justizamtsangaben versehenen Sendungen einer Verzögerung in der Zustellung. Es liegt mir in der Hand der Absender, durch Angabe des Justizamts in der Aufschrift der nach Berlin gerichteten Briefsendungen zur Eilebringung in der Ueberkunft selbst beizutragen.







„Mörder!“

Im Vorwärts lesen wir die folgende ergreifende Skizze aus dem Leben:

In Württemberg wurde er als Sohn eines reichen Gutsbesitzers geboren. Gute Bildung, Reife und Schärfe...

Denn dort tritt „er“ auf im Kabarett, als Tänzerin. Und statt in Tübingen das juristische Kolleg wird in Stuttgart die Technische Hochschule besucht...

Und Weihnachten sieht der junge Mann abermals in Berlin, schlägt sich durch als Automobiler hier und Motoristischer dort...

Und Gantner ist frei. Ist frei? Ja, wenn diese vorläufige Verhaftung der Polizei nicht wäre...

Verkommen wird er sicher nicht, das merkt man im längeren Gespräch, das die Augen nicht nur im Temperament, sondern auch in Ehrlichkeit...

Aus dem Lande

Rastatt

Aus dem Stadtrat

Nach den vorliegenden Kassenzustandberichten auf 1. Februar 1925 betragen im Monat Januar 1925 bei der Stadt...

weiteren Anleihen für diesen Zweck konnte für die Inangriffnahme des längst als dringend notwendig anerkannten Altersheim in Aussicht genommen...

Der Wohnungsverbandsausschuss beim Bezirksamt Rastatt der für den Bezirk Rastatt-Land einer der wesentlichsten Kreditgeber zur Förderung der Neubautätigkeit auf dem Lande ist...

Aus diesem Grunde sah sich der Wohnungsverband veranlaßt, einmündig zu beschließen, daß jeder, der etwa 100 Darlehensempfänger des Jahres 1924 sofort nach 400 M zugewiesen erhalten soll...

Der erste Abend des Volkshochschuljahres

am vergangenen Dienstag im „Museum“ hatte einen vollen Erfolg. Der Saal war viel zu klein und, wenn das glückliche Wetter nicht viele abgehalten hätte...

Die wichtigsten sozialen und ökonomischen Verhältnisse sind im Laufe des Jahres 1924 im wesentlichen unverändert geblieben...

Offenburg

Der Ortsausschuß Offenburg des DGB hielt am Montag, 16. Febr., in der „Gauberschule“ seine Generalversammlung ab...

Aus dem folgenden Sekretariatsbericht ergab sich, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage...

Die Arbeitsbeschaffung fand eine sehr schnelle Erledigung, da der gesamte bisherige Bestand wiederbeschäftigt wurde...







**Der Rosenball der Concordia** war am Samstag Abend eine riesige Menschenmenge in die Festhalle. Nachdem doch nun schon 5 oder 6 Wochen lang Samstag für Samstag, Sonntag für Sonntag und auch noch an anderen Wochentagen Ball- und Festungsveranstaltungen stattfanden, das langweilige Publikum, bekommt nicht genug. Da kann die Festhalle zum Erdrücken voll sein, unermüdet wagt und schließt mit Alt und Jung, Groß und Klein. Und es bleibt bei der über-über-großen Menge der Besucher auch nur bei diesem Langvergnügen. Preise, Schlemmereien, zweideutiger Umgang sind doch nur die Nebenwirkungen; wir haben schon einmal betont: die Ausgaben eines sehr großen Teils der Besucher bestehen tatsächlich nur in der Entrichtung des Eintrittsgeldes; und dann wird gelangt, geschöpft, unentwegt von 8-2 Uhr und noch länger; mit einer bewundernswerten Ausdauer. Der Drang zur Karre, zum Wammesgang, zum lustig sein, der liegt nun eben im süddeutschen, rheinischen Blute, der läßt sich weder von Gesetzesparagrafen, noch mit Plakatermahnungen, noch von der Kanzel herunter austreiben und verbieten. Er ließ sich nicht einmal im Felde, im hundertsten Graben, während der vier Kriegsjahre vertreiben! Also, die Concordia hatte einen guten Besuch, beide Sätze der Turnel und was alles noch weiter zu den Räumlichkeiten der Festhalle gehört, waren gepackt voll. Die Harmonik und das Orchester im kleinen Saal dazu. Alles was da war, unterhielt sich aufs beste, es herrschte Stimmung, Frohsinn und Heiterkeit; und mehr war auch nicht nötig!

**Karlsruher Polizeibericht vom 23. Februar**

**Zusammenstoß.** Am 21. Februar nachm. 1 Uhr stießen infolge unvorsichtiger Fahrens Ede Kaiser und Straßburger zwei Steuerkraftwagen zusammen. Personen kamen nicht zu Schaden, nur ein Auto wurde leicht beschädigt.  
**Zeichenänderung.** Gehten nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr wurde im Mittelweg bei der Einmündung des Federbuchs in den Altheim eine männliche Leiche, etwa 50 Jahre alt, mit wälderischem Bart und gut gekleidet gefunden.  
 Wegen Anbeförderung bzw. gabelten Unfalls gelangten in den letzten beiden Tagen Samstag und Sonntag 43 Personen zur Anzeige.

**Festgenommen wurden:** Ein Konditor von Meran, der vom Amtsgericht Zellwang wegen Betrags gesucht wurde, ein zum Strafvollzug gefuchter Tagelöhner von hier, ein aus einer Anstalt entlassener Fürsorgezögling, ferner 5 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen.

**Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte**

für Dienstag, 24. Febr.: Wieder milder, zunehmende Bewölkung, Niederschläge.

**Wasserstand des Rheins**

Schweizerseil 45, gef. 4, Nebl 167, gef. 9, Rogau 343 gef. 5, Mannheim 239, gef. 5 Zentimeter.

**Aus der Chronik der Grubenkatastrophen**

Das Bergwerkunglück auf der Zeche „Minister Stein“, diese furchtbare Katastrophe, ist wieder auf schlagende Wetter zurückzuführen. Unter schlagenden Wetter oder feurigen Schönen den versteht man Grubengas oder Kohlenstaub, der, wenn er in Berührung mit offener Flamme kommt, explodiert. Man schützt sich vor ihm durch geeignete Grubenlampen, z. B. die elektrische Schlagwetterlampe, sowie durch Apparate, welche die Ansammlung von Grubengas anzeigen, nach Art der von Prof. Gause erfundenen Schlagwetterpfeife, welche auf der Verdrängtheit der von verschiedenen Gasen, Luft- und Grubengas, in gleich gestimmten Pfeifen erzeugten Töne beruht. Von den Explosionen in deutschen Gruben, die als Massenunglücke zu bezeichnen sind und eine große Anzahl von Toten zur Folge hatten, sind nachstehende besonders zu erwähnen:  
 Im Jahre 1869 wurden auf der Zeche Neu-Jferlohn 81 und in demselben Jahr auf der Zeche Burgler Schächte 269 Bergleute getötet. Das Jahr 1876 forderte auf Neu-Jferlohn 88 Tote. Im Jahre 1879 kamen auf der Zeche Brückenberg-Schächte 89 Bergleute ums Leben. 1881 auf der Zeche Luise Tiefbau 17, 1885 auf der Zeche Camphausen 181 Bergleute, im Jahre 1893 auf der Zeche Kaiserstuhl 63 und auf der Zeche General Blumen-

stein 20. 1895 fanden auf der Zeche Brinck von Preußen 37 Bergleute den Tod, 1896 gab es auf der Zeche Haggrube 30 Tote, im Jahre 1897 fielen auf Kaiserstuhl II 20 Bergleute schlagenden Wetter zum Opfer. Die Explosionen im Jahre 1898 auf den Zechen Kollern und Karolinengrube forderten 166 Opfer, im Jahre 1899 kamen auf den Zechen König Ludwig und Konsolidation 28 Bergleute ums Leben und im Jahre 1900 kamen auf der Zeche Keesen 145 Bergleute schlagenden Wetter zum Opfer. Das Unglück auf der Zeche Keesen am 16. November 1906 schlug den Rekord in der Reihenrichtung von Bergleuten. In der Unglücksnacht waren 880 Arbeiter und 6 Beamte angefahren. Das Unglück raffte 343 Bergleute hinweg. Das Unglück auf der Zeche Keesen wird aber noch übertraffen durch die entsetzliche Katastrophe in dem Bergwerk von Couriers in Frankreich. Hier fielen 1100 Bergleute der Katastrophe zum Opfer. Französische Bergwerksbetriebe wurden dann noch einmal von einer großen Schlagwetterkatastrophe heimgesucht. Auf der Zeche Mont Genis wurden fast 200 Tote geborgen.

**Markt und Handel**

**Gienwerke Gaggenau.** Das Kapital von 48 Millionen Mark Stammatien wird auf 4,5 Millionen RM. und 2 Millionen Mark Vorzugsaktien auf 40.000 RM. umgestellt. Zur Vorzugsaktien betrug das Kapital 4 Millionen Mark. Es wird mitgeteilt, daß die Gesellschaft für die nächsten Monate günstig beschäftigt ist und einen befriedigenden Abschluß erwartet.

Haarwäschen, wenigstens alle 14 Tage, ist zur Vermeidung gemäßen Haarpflege notwendig. Nachdem fällt es schwer, bei den vielen im Handel befindlichen Shampoo's für sich das Richtige herauszufinden. Am so erfreulicher ist es, zu hören, daß die Verbraucher von „Helion“ dem vorzüglich schäumenden und das Haar wirklich schon machenden Kosmetikpräparat ihre höchste Zufriedenheit aussprechen. Dieses wirksamste aller Haarwäschenmittel hat sich seit 1908 schon millionenfach bewährt. Bei dem billigen Preise von 20 Pf. das Fläschchen (welches sogar zweimal reicht), sollte jedermann einen Versuch damit machen und sich von der Güte des „Helion“ überzeugen.

# Brauerei Fels über Fastnacht MÄRZENBIER

**Friedrichshof**  
 Fastnacht-Dienstag, 24. Februar, von 7 Uhr ab  
**Großes Konzert**  
 2 Kapellen  
 Vorderer Vokal: Streichmusik  
 Gartenkapell: Schrammelmusik  
 Bekannt gute Küche, ff. Biere und Weine.  
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
 H. Stehlin.

Ich habe die Leitung der **Badischen Landeshebammen-Lehranstalt und Landeshausklinik** als Nachfolger von Professor Dr. LINDIG am 15. Febr. 1925 übernommen und halte von Montag bis Freitag 4-6 Uhr nachmittags in der Frauenklinik (Wöchnerinnenheim) Kaiserallee 10 Privat-Sprechstunde ab  
**Professor Dr. med. Linzenmeier**

Nach ordnungsgemäßer Berufsausbildung mit Prüfung und längerer Betätigung in der Privat-, Krankenkassen- und Schulzahnpraxis, habe ich mich in meiner Heimat zur Ausübung der  
**Zahnbehandlungs- und Ersatzkunde**  
 niedergelassen.  
 Amalienstr. 10  
**Fried Reinhardt.**

**Pfannkuch**  
**Weine**  
 Rotweine:  
 Elschwein 90 Pf.  
 Rouffillon 1.20  
 Dürkheimer Feuerberg 1.50  
 einfl. Glas und Steuer.  
 Große Auswahl in **Bordeaux- u. Burgunderweinen**  
**Pfannkuch**

**COLOSSEUM**  
 Täglich 8 Uhr die große Revue  
**Karnevalsträume**

Fleischige junge  
**Mädchen**  
 im Alter bis zu 18 Jahren für unsere Nahrungsmittel-Fabrik gesucht.  
 Zu melden unter Vorlegung von Arbeitsbuch, Einnichtungs- und Steuerkarte im Sekretariat der **Sinner N.-G.**  
 Karlsruhe-Grünwinkel.

Achtung! Gartenbesitzer! Achtung!  
 Habe forte  
**Gießkannen**  
 10 und 12 Liter haltend zu verkaufen. Ferner empfehle ich mich im Rebozieren und Reanstellen von Brunnen, Uebernahme sämtliche Vieh- und Anstaltensarbeiten.  
**fr. Goldschmidt**  
 Vieh- und Anstaltensmeister  
 Eisenweinstr. 17  
 Telefon 1937.

**Kronenfels** Kronenstr. 44  
 Fastnacht-Dienstag  
**großes karnevalistisches KONZERT.**

**Kohlen Holz u. Brikett**  
 alle Sorten, in nur erstklassiger Ware empfiehlt billigst u. reichlich in jeder Menge frei Haus und ab Lager  
**Math. Kohler**  
 Büro und Durlacherstr. 30  
 Kleinverkauf: Wollartsweierstr. 4  
 Telefon 4797.  
 Hauptlager: Wollartsweierstr. 4 (Rangierbahnhof)

**Eiterungen**  
 aller Art, wie Furunkel, Umlauf, Krampfadern, schwellende Blutergüsse, 218 offene Beine beseitigt  
**ILON-SALBE**  
 in kürzester Zeit bei sofortiger starker Schmerzaufhebung, in Kliniken u. Krankenhäusern mit größtem Erfolg angewendet. Erhältlich in allen Apotheken (Preis Mk. 2.20) sonst portofrei vom **ILON-Laboratorium Freiburg i. Br.**

**Herrenhüte** waschen, umformen, in better Ausfühg.  
**R. Hort, Nr. 15.**

**Gesangverein „Concordia“** e. V., Karlsruhe.  
 Am Samstag, 7. März 1925 abends 8 Uhr, findet in unserem Vereinslokal No. 10 wack unsere diesjährige **ordentliche Hauptversammlung** statt, wozu wir unsere verehrlichen aktiven und passiven Mitglieder ganz ergebenst einladen. Tagesordnung liegt im Lokal auf.  
 Abschließend hieran **Sänger-Versammlung** betr. Sängerausflug anlässlich des 50. Stützungs-festes  
**Die Vorstandschaft**

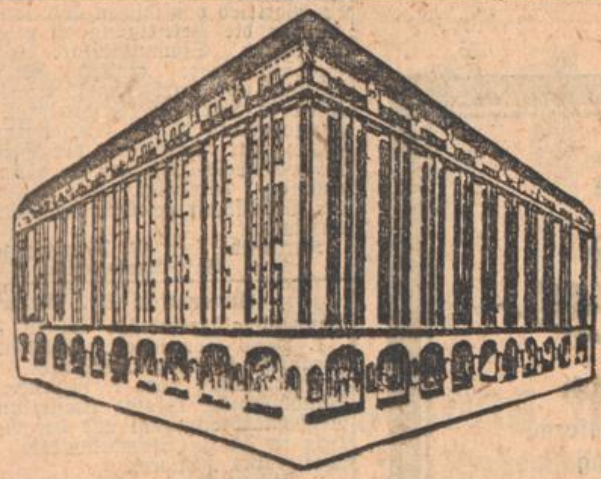
Statt besonderer Anzeige.  
 Gestern Sonntag vormittag entschieden nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel  
**Emil Schille**  
 im Alter von 44 Jahren.  
 Karlsruhe, 23. Februar 1925.  
 Die trauernden Hinterbliebenen:  
 Familie Reinhold Schille  
 Wilhelm Schille  
 Erik Schille  
 Erik Adler.  
 Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 1 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.  
 1506

**Harmonium**  
 3 Reg. Mk. 220.-  
 9 Reg. Mk. 275.-  
 13 Reg. Mk. 380.-  
 Zahlungsmitteln Frankfurter.  
**Pianohaus Lang.**  
 Kaiserstr. 167 I. Tel. 1073  
 Salamander-Schuhhaus.

**In 30 Minuten Ihr Pabito**  
 nur im Photogr. Atelier Kaiserstr. 50, Eing. Adlerstr.

**Pfannkuch**  
**Weine**  
 Weißweine:  
 Elschwein 80 Pf.  
 Ebenhöfener Dürkheimer Elschwein 1.-  
 1474  
 Obermosler Weiskammerer 1.20  
 1/2 Flasche 1.20  
 Dürkheimer 1.60  
 einfl. Glas und Steuer.  
**Pfannkuch**





Erste Häuser



Das große moderne Warenhaus

Geschw. **KNOPF** Karlsruhe

führt in 50 reichsortierten Spezial-Abteilungen  
sämtliche Bedarfsartikel in großer Auswahl  
zu bekannt billigen Preisen.



Kaufhaus  
**Schmoller & Co.**  
Karlsruhe  
Billigste Bezugsquelle  
sämtlicher  
Bedarfsartikel.



**Hausfrauen! Hausfrauen!**

Verwenden Sie für Tafel und Küche nur die  
erstklassige **Durlacher Stolz** Margarine  
täglich frisch und billig  
in allen einschlägigen Geschäften zu haben.  
Vereinigte Süddeutsche Margarine- und  
Fettwerke A.-G., Durlach (Baden).

CONFEKTIONSHAUS  
**HIRSCHEN**  
Herrenbekleidung  
Herrenwäsche / Berufskleidung  
Kaiserstrasse 95  
Ecke  
Kronenstrasse



**Leipheimer & Mende**

Gegr. 1834      Spezial-Geschäft      Tel. 211 u. 214  
Herren- und Damenkleiderstoff, Seide, Baumwollwaren,  
Wäschestoffe, Weisswaren, Gardinen, Schlafdecken  
Grösste Auswahl      Billigste Preise

Branntwein-  
Großhandlung  
**Karl Seubert**  
Karlsruhe (Baden)  
Kaiserallee 27.  
Telegramm-Adresse:  
Edelkirsch.  
Fernsprecher 4677.



Wein-Großhandlung und Branntweinbrennerei, Faßgroßhandlung  
**Gottlob Bauer** Inhaber: **Karl Seubert**

Karlsruhe (Baden), Goethestraße 10  
Fernsprecher Nr. 2245      Telegramm-Adresse: Weinbauer  
Es empfiehlt sich bei Bedarf in sämtlichen Weinen (Badische Weine,  
Pfälzer- oder Rheinweine) Vorzugs-Angebote bei mir einzuholen.



**GRITZNER** = Nähmaschinen } Bestes  
Fahrräder } deutsches Erzeugnis!

Maschinenfabrik Gritzner A.-G., Durlach.

Gute Ware!



